

Deutschland in der Krise

Für viele Kommentatoren im In- und Ausland gleicht die sozioökonomische Situation in Deutschland (noch) einem Wunder. Trotz Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 scheint die stärkste Wirtschaftsmacht Europas vieles richtig gemacht zu haben. Nach Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in 2009 (-5 %) hat sich die deutsche Ökonomie relativ schnell wieder gefangen und ist seit 2010 auf einen moderaten Wachstumskurs eingeschwenkt. Was sind nun die Ursachen und Effekte und vor allem welche Konsequenzen resultieren aus der deutschen Politik?

Ausnahmesituation...

Die *interne Ursachen* für die relativ positive nationale Entwicklung sind leicht auszumachen: Während der Krise konnte *erstens* der soziale Absturz durch die Funktion der automatischen Stabilisatoren (Sozialsysteme; besonders ALG I/II) in der Masse abgefedert werden. Trotz aller Kritik sind damit die Krisenfolgen für die Menschen nicht so hart ausgefallen, wie im Rest Europas. *Zweitens* war auf der Basis des sozialpartnerschaftlichen Verhaltens der Gewerkschaften/Betriebsräte schnelles handeln möglich. Massenentlassungen ließen sich über das Instrument der Arbeitszeitverkürzung (Kurzarbeit, Abbau von Arbeitszeitkonten, Überstunden etc.) abwenden. Schließlich hat sich nach langem Zögern *drittens* ab 2008/09 auch die deutsche Politik nicht mehr geweigert, Konjunkturprogramme (Infrastrukturprojekte, Verkehrswege, Renovierung und Bau öffentlicher Einrichtungen etc.) aufzulegen und die effektive Nachfrage zu stützen. Erwähnenswert sind u.a. Hilfen für die deutsche Automobilwirtschaft (Abwrackprämie; *cash for clunkers/Car Allowance Rebate System*).

Darauf aufbauend konnte im Konjunkturaufschwung ab 2010 schnell, flexibel die Produktion hochgefahren und so die internationale Nachfrage nach deutschen Produkten und Dienstleistungen problemlos bedient werden. Seit 2011 hat sich dann die Situation in Deutschland offiziell weiter verbessert: Die offiziellen Arbeitslosenzahlen (aktuell 2,8 Mio./insg. 3,8 Mio.) sanken und die Exporte stabilisierten sich auf hohem Niveau. Zwar sind in Deutschland die Verschuldung der öffentlichen Hand – wie überall – durch die Interventionen zur Stützung des Finanzsystems wie der Finanzierung der Konjunkturprogramme und Sozialtransfers gestiegen. Da in Deutschland die Steuereinnahmen relativ hoch ausfielen und entgegen anderer Länder im Zuge der Eurokrise die Zinsbelastung für die öffentliche Hand noch sank, ist die Verschuldungsproblematik weit weniger akut. Im Ergebnis ist die Re-Finanzierung der deutschen Staatsschulden zu historisch niedrigsten Zinssätzen möglich – vor kurzem wurden Staatsanleihen mit der Laufzeit von zwei Jahren zu 0 Prozent alle verkauft!

Angesichts dessen wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als Politikziel verfolgt und deren empirische wie theoretische Rationalität der meisten Parteien, Medien und tonangebenden Wissenschaftlern nie in Frage gestellt. Stattdessen wird die spezifisch Situation der deutschen Ökonomie von Politik und Öffentlichkeit nicht richtig in den internationalen Kontext eingebettet und sogar fälschlich ein objektiver Beleg für die Wirksamkeit der favorisierten Austeritätspolitik und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit aus eigener Kraft vermutet. Schon die drei angeführten Aspekte widersprechend dieser Interpretation: *Arbeitszeitverkürzung* und *Konjunkturprogramme* sind schwer dem seit Jahrzehnten auch in Deutschland dominanten neoliberalen Ansatz zuzuschreiben. Folglich hat sich vor der Krise 2007/08 aus den tonangebenden Kreisen nie jemand dafür ausgesprochen. Die Instrumente wurden deshalb auch in Deutschland verspätet, zögerlich und falsch dimensioniert eingesetzt. Und dennoch haben sie ihre positiven Effekte neuerlich klar belegt – genauso wie in

simpelster keynesianischer Argumentation stets richtig beschrieben. Die *Funktion des Sozialstaats* als automatischer Stabilisator ist seit 2007/08 ebenfalls unter Beweis gestellt worden. Allerdings gehört die Forderung nach Abbau des Sozialstaats und seiner Leistungen stets zum Mantra der offiziellen deutschen Politik und Wissenschaft vor und nach der jüngsten Krise. Schließlich zählt die massive und anhaltende *Übertragung von Schulden und Verlustrisiken des privaten Finanzsektors* zu Lasten der öffentlichen Hand beim besten Willen nicht zum Kanon des Neoliberalismus. Es findet sich auch keine rationale Begründung im ökonomischen Mainstream für die Sozialisierung von Kosten und Privatisierung von Gewinnen in ihrer Reinform, die seit 2007/08 flächendeckend zu beobachten ist.

Auf ganzer Linie sind und werden also bis heute auch in Deutschland die Instrumente und Praktiken angewandt, die vor 2007/08 (i) als reines Teufelszeug galten und/oder (ii) der eigenen Auffassung nach solider und richtiger Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik klar widersprechen. Profitiert wird zudem (iii) von eben diesen Effekten der Instrumente, die in allen anderen Ländern weit stärker und zielgenauer eingesetzt wurden. Die so global stabilisierte effektive Nachfrage und das so induzierte Wachstum ist die *conditio sine qua non* für den „Erfolg“ der deutschen Wirtschaft. Ohne dies wäre der Crash der Weltwirtschaft vorgezeichnet gewesen und auch Deutschland hätte sich dem Absturz nicht entziehen können. Fehlt nun eine richtige Krisenanalyse und werden entscheidende Effekte für den Aufschwung ausgeblendet, liegt es nahe, aus Unkenntnis und Ignoranz gepaart mit deutscher Gründlichkeit sprich Dogmatik, falsche Rezepte als richtige Lösungen für andere Länder anzubieten. Nun dürfte schon mit wenig Logik und mathematischer Grundkenntnis einsichtig sein, dass in einem Kreislaufsystem (nichts anderes ist die Ökonomie, in der Waren, Güter und Dienstleistungen *und* Geldformen getauscht werden) mit verschiedenen Aggregaten (private Haushalte, Staat, Ausland, Unternehmen, Finanzdienstleister etc.) schon aus saldenmechanischen Gründen (u.a. Ex- und Import, Bilanzierung von Vermögen und Schulden etc.) nicht jeder einen absoluten Überschuss erwirtschaften kann und auch nicht alle Bilanzpositionen ausgeglichen sind. Defizite und Überschüsse gehören in jeder dynamischen Wirtschaft zum Einmaleins der Funktionsweise der Ökonomie.

Hinzu kommt, dass es unterschiedliche Länder und Regionen auf unterschiedlicher Entwicklungsstufe über verschiedene stoffliche, finanzielle und bilanzielle Kreisläufe eng verbunden sind. Allein deshalb herrschen auch andere Bedingungen für ein Land wie Deutschland mit breiter industrieller Basis (Anteil von rd. 40 Prozent an der nationalen Wertschöpfung) und Ländern in der Eurozone oder Europa, in denen der Anteil der industriellen Produktion sehr viel geringer ausfällt (GB etwa nur rd. 6 Prozent). Länder mit unterschiedlichen Produktions- und Lebensbedingungen sind nun also politisch vor Jahren über eine Währung aneinander gebunden worden. Die Entwicklungsunterschiede haben sich mit der Einführung des Euros nicht minimiert, im Gegenteil. Auch diese Entwicklung wurde sehr früh u.a. von kritischen Ökonomen in ganz Europa und auch in Deutschland prognostiziert und eine Implosion des Eurosystems in einer größeren Krise als sehr wahrscheinlich vorausgesagt. Genau in dieser Krise systemischen Ausmaß befinden wir uns heute. Und dennoch werden deutsche Politiker und Vertreter nicht Müde zu betonen, eisernes Sparen, mehr Leistung und Wettbewerb seien die einzige Medizin, um die „hausgemachte“ Krise in Europa – fälschlich als Staatsschuldenkrise bezeichnet – zu überwinden.

Diese Idee in der derzeitigen Konstellation bar jeder Einsicht vorzutragen ist mehr als fahrlässig. Er wird aber wohl selbst dann noch vertreten, wenn die Eurozone längst untergegangen ist. Selbst dann ist ein Umdenken nicht ausgemacht. Denn Kritik wurde bisher stets nach gleichem Muster abgewehrt: Die Medizin sei nicht in genügend hoher Dosis verabreicht worden, d.h. es habe gar keine richtige Austeritätspolitik und Strukturreformen gegeben – so wohl die künftige Legendenbildung.

... und die andere Seite der Medaille

Bis zum möglichen Ende der Eurozone sollte man Fragen zur Ideologie und Ignoranz beiseiteschieben und einen realistischen Blick hinter die Kulissen des deutschen Wunders werfen, um eklatante Missverständnisse auszuräumen. Die relativ gute Situation verdeckt zunächst die gesellschaftlichen Veränderungen im letzten Jahrzehnt. An erster Stelle sind hier auch *interne Änderungen* auf dem *Arbeitsmarkt* und bei der *Verteilung* des erwirtschafteten Reichtums zu nennen. Im ersten Bereich hat sich aus der Kombination sozialpolitischer Reformen (institutionell wie im Leistungskatalog) wie der Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen und neuer rechtlicher Instrumente in Deutschland die Situation massiv verändert: War bis Ende der 1990er Jahre noch die unbefristete, tarifgebundene Arbeit mit hohen Schutzrechten und tariflich festgelegter Entlohnung mit Reallohnsteigerungen die Norm, haben sich seither die Bedingungen nachhaltig verschoben. Die Tarifbindung und Schlagkraft von Gewerkschaften und Betriebsräten ist gesunken, die rechtlichen Bedingungen sind zu Lasten der Beschäftigten verändert worden und mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten seit Beginn des neuen Jahrtausends ist die *atypische, prekäre Beschäftigung* (Zeitarbeit, Leiharbeit, untertarifliche Entlohnung, Mini- und Midijobs, Tagelöhner etc.) stetig *ausgebaut* worden.

Noch sind die normalen Arbeitsverhältnisse (unbefristet und sozialversichert) prägend, jedoch hat sich Deutschland in vergleichbarem Ausmaß ein „*Niedriglohnsektor*“ wie in den USA gebildet (ca. 25% aller Beschäftigten). Selbst in den Phasen des Aufschwungs sind (i) seit der Jahrtausendwende sozialversicherungspflicht, gut entlohnten und unbefristeter Jobs abgebaut worden und (ii) befristete, unterdurchschnittlich bezahlter prekärer Jobs entstanden. Daneben hat sich (ii) die Selbständigkeit erhöht. Der Schwerpunkt liegt beim Aufbau der Soloselbstständigkeit, also der selbstständigen Arbeit mit äußerst geringen/unstetigen Einkommen, ohne hinreichend soziale Absicherung und meist als Scheinselbstständigkeit. Neben der Entwicklung der Schicht der *working poor* in einem der reichsten Industrieländer, bei der die Menschen arm trotz Arbeit sind und/oder ständig an der Schwelle zur Arbeitslosigkeit leben, hat sich so (iv) der Druck auf die normalen Arbeitsverhältnisse erhöht. Wenn nach kurzer Zeit bei Arbeitslosigkeit (nach 12 Monaten Übergang in das System der „Sozialhilfe“; ALG II) der soziale Absturz droht, erzeugt dies Angst und Wohlverhalten. Folglich hat die Verunsicherung bis weit in die obere Mittelschicht („*german Angst*“) zugenommen. Indirekt wird so Tariffucht befördert, die effektive Wahrnehmung sozialer Rechte begrenzt und damit die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften/Betriebsräte geschwächt.

Es ist dann auch kein Wunder, dass die Lohnabschlüsse seit mehr als 10 Jahren stets am unteren europäischen Ende liegen. Die Masse der Arbeitnehmer hatte in Phasen des konjunkturellen Aufschwungs sogar *Reallohnverluste* zu ertragen – einmalig in der deutschen Geschichte nach 1945. In dieser Hinsicht erklärt sich aus der Entwicklung der Primärverteilung (Aufteilung des BIP in Einkommen aus Lohn und Gewinn) zweierlei: *Zum einen* ist die Entwicklung der *Verteilung insgesamt ungleicher* geworden. Bei wenige Prozent bzw. Promille der deutschen Bevölkerung konzentrieren sich die Zuwächse und sie besitzen den größten Anteil am Finanz- und Sachvermögen. Der Rest (also ca. 90 Prozent) wird mit Abstufungen mit sinkenden Anteilen abgespeist und/oder verliert absolut. *Zum anderen sinkt* mit den Masseneinkommen zugleich *die effektive Nachfrage* nach Gütern und Dienstleistungen. In Verbindung mit der relativen geringen Nachfrage des deutschen Staates in den letzten Jahrzehnten (Sparprogramme und Schuldenabbau) wie der zurückhaltenden Investitionen der Unternehmen, ist die Stagnation des Binnenmarktes logisch.

Die gesellschaftlichen Kosten des Exportmodells Deutschland

In dieser Konstellation gewinnen der absolut steigende Absatz deutscher Produkte und somit die Erzielung von Leistungsbilanzüberschüssen an Bedeutung für Unternehmen, um diese Schwäche zu kompensieren und ihre Gewinne zu steigern. Dass seit der Zeit der nachholenden Industrialisierung im 19. Jahrhundert bekannte „Modell Deutschland“ (zunächst Kopie, dann eigene Innovation und Aufbau industrieller Produktion für den Exportsektor) hat damit in der Gegenwart Bestand. Und über die Bereiche Maschinenbau, chemische Industrie, Fahrzeugbau und Automobilindustrie (also qualitativ hochwertige industrielle Konsum- und Investitionsgüter) lassen sich diese *Überschüsse* erwirtschaftet, da sie u.a. exakt in das Importgefüge der Entwicklungs- und Schwellenländer (etwa bei der nachholenden Industrialisierung) einfügen und marktgängige Produkte und Dienstleistungen für alle Gesellschaften bereitstellen. Spiegelbildlich werden die *finanziellen Überschüsse* über den Bankensektor an die Handelspartner *zurückgespeist* und tauchen dort *als Kredite* der Haushalte, Unternehmen und Staaten wieder auf, um die Importe deutscher Waren zu refinanzieren. Ein solch fragiles Gefüge ökonomischer Ungleichheiten, bei der die Erzielung absoluter und steigender Leistungsbilanzüberschüsse im Zentrum steht, ist auf *Dauer instabil* und führt zu schmerzhaften Anpassungen – sprich Krisen finanzieller und realwirtschaftlicher Art.

Schließlich ist mit der Schwäche des deutschen Binnenmarktes nicht nur die skizzierte Dynamik eines Verdrängungswettbewerbs bei den europäischen Nachbarn verbunden. Zugleich steigt bei real sinkender Kaufkraft der deutschen Konsumenten der Druck auf andere Importländer, ihrerseits ihre Kosten stetig zu reduzieren. Ansonsten haben sie keinen Erfolg auf dem deutschen Markt, bei schwindender Kaufkraft ihre Produkte und Dienstleistungen anzubieten bzw. sie verlieren gegenüber asiatischen Anbietern (China, Indien etc.), die zu weit niedrigeren Kosten mittels neuester Technologie und Produktionsstrukturen ihre Marktanteile ausweiten können. Dieser komplexe Konkurrenzdruck wird über die deutsche Sozial-, Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik an die übrigen Länder auf verschiedene Arten transferiert (*beggar thy neighbour*) und führt zum Wettlauf nach unten. Denn nur über diesen Weg lässt sich bei sinkenden Realeinkommen und Schwäche der Binnenkonjunktur der relativ hohe Lebensstandard in Deutschland in der Breite überhaupt halten.

Die Politik der Verlagerung der Anpassungslasten an die übrigen Nationen, konkret die deutschen Handelspartner, das ständige Streben nach Leistungs- und zugleich Zahlungsbilanzüberschüssen sowie die manische Fokussierung auf Wettbewerbsfähigkeit zeugt vom weitgehenden Versagen der politischen und ökonomischen „Eliten“, in gesamtwirtschaftlichen und internationalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln. In dieser Hinsicht überrascht dann nicht die zögerliche und oft falsche Schwerpunktsetzung der Krisenpolitik Deutschlands. Zwar entspricht sie der mikroökonomischen Logik eines Einzelunternehmens bzw. eines Haushaltes. Aber zur Wahrung der minimalen Erfolge des europäischen Einigungsprozesses reicht diese Perspektive nicht aus.

In dieser Hinsicht waren für die „wundersame“ Entwicklung in Deutschland seit 2007 auch die relativ schnell international abgestimmte und konzertierte *Stützung des internationalen Finanzsektors* (Verstaatlichung, Subvention und Garantien) sowie historisch einmalige Konjunkturprogramme in allen Industrie- und Schwellenländern entscheidend. Die dafür global mobilisierten direkt eingesetzten Mittel werden mit bis zu 5 Billionen US-Dollar veranschlagt. Und nur über diese Injektion in die Weltwirtschaft konnte sich nach dem scharfen Einbruch der Konjunktur in 2009 die Situation stabilisieren, wovon Deutschland als Exportnation besonders profitierte. Entgegen den meisten Industrie- und Schwellenländern hat Deutschland dabei einen geringen Anteil geschultert und

zudem auf wenig effektive, nützliche Elemente der Steuersubvention gesetzt statt direkt in den Wirtschaftskreislauf zu intervenieren. Im Unterschied dazu haben sich alle anderen Nationen weit stärker und zielgenauer engagiert und eben auch verschuldet. Ebenso waren die Interventionen der Zentralbanken entscheidend, um den Crash wesentlicher Teile der Geld- und Kapitalmärkte zu verhindern. Die deutsche Regierung und führenden Köpfe in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit halten jedoch lieber bis heute an ihren unzähligen Dogmen fest und kritisieren bei jeder Gelegenheit diese und andere Interventionen, ohne die alle deutsche Banken und führenden Unternehmen massive Forderungen hätten abschreiben müssen und denen dann flächendeckend die Insolvenz gedroht hätte. Und schließlich profitierte Deutschland von der Einführung des Euros und des gemeinsamen Binnenmarktes überproportional, denn nur so konnte in den letzten Jahren eine stetige Aufwertung (aufgrund des verfolgten Modells) der heimischen Währung verhindert werden.

Logischerweise stiegen über die angeführten Maßnahmen zur Stützung privater Unternehmen und Finanzdienstleister die Schulden der öffentlichen Hand. Ebenso lässt sich die Politik des „Exportmodells Deutschland“ für alle Nationen in Europa nicht dauerhaft durchhalten und sie lässt sich nicht verallgemeinern. Die in den Jahren damit verbundenen Lasten (u.a. De-Industrialisierung, Verdrängung vom Markt, Verschuldung etc.) fallen nun einmal an anderer Stelle verschärft an. Sie werden dann auch konkret zur finanziellen Last und führen zu politischen wie sozioökonomischen Reaktionen – wer anderes behauptet, hat entweder keine Ahnung von ökonomischen Prozessen, ist ignorant oder lügt schlicht. Diese immanent konfliktreiche Situation hat die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise zusätzlich verschärft und deshalb steht Europa aktuell am Scheidepunkt: Die schon vorher ungelösten Probleme der ungleichen Entwicklung verschärfen sich noch einmal mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme und dem Schwenk hin zu einer straffen Ausgabendisziplin. Unterhalb der Möglichkeit der Implosion der Eurozone noch in diesem Jahr wird unter den herrschenden Bedingungen eine deflationäre Zuspitzung befördert, die ab 2007/08 aus sehr guten Gründen pragmatisch verhindert wurde.

Inwiefern diese Situation abgewendet werden kann, liegt nicht zuletzt an einer grundlegenden Revision der deutschen Politik im nationalen wie auch im europäischen Rahmen. Diese Umkehr ist jedoch alternativlos. Denn sonst stehen uns allen harte und unruhige Zeiten oder zumindest eine lange Phase gesellschaftlicher Stagnation bei hoher Krisenanfälligkeit der Ökonomien bevor, zu deren Stabilisierung ständig neue Mittel aufgebracht und ineffizient eingesetzt werden müssen.